Wilsdruffer Tageblatt

„Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung in der Expedition wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei unsern Austrägern zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unverschuldeter Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner kann der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelnummer der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu richten, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unverlangte Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Insertionspreis Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk., für die Postversandte Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtliche Zwangsvollstreckung gilt Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netzpreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Eintreibung, gemischte Anzeigen verich. Inseraten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 247 | Freitag den 24. Oktober 1919 | 78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Von **Freitag den 24. Oktober bis Dienstag den 28. Oktober** d. J. ist der **Kommunikationsweg von Wilsdruff nach Sachsdorf** innerhalb Wilsdruffer Flur

wegen Massenschüttung gesperrt.

Fahrverkehr wird für diese Zeit über Hühndorf oder Klipphausen gewiesen.

Wilsdruff, am 22. Oktober 1919. 434 **Der Stadtrat.**

Wahlen zur Bezirksversammlung.

Für den die Stadt **Wilsdruff,** die Gemeinden: **Grumbach, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Roitzsch** bei Wilsdruff, **Sachsdorf, Steinbach** bei Kesselsdorf, **Unkersdorf,** sowie den selbständigen **Gutsbezirk Wilsdruff** umfassenden **11. Wahlkreis** der Amtshauptmannschaft Meißen sind bei dem unterzeichneten Wahlkommissar folgende als gültig anerkannte Wahlvorschläge eingegangen:

I.

Max Zschoke, Buchhändler, Wilsdruff, Zellaer Straße 39,
Georg Walther, Schreibgehilfe, Grumbach 91,
Otto Treppte, Maurer, Kesselsdorf 17f.

II.

Albin Kaiser, Erbgerichtsbesitzer, Grumbach,
Adolf Schlichenmaier, Stadtrat, Wilsdruff,
Otto Preußer, Gutsbesitzer, Kaufbach.

Wilsdruff, am 23. Oktober 1919. 435

Der Wahlkommissar.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Reichsregierung hat nunmehr die offizielle Mitteilung erlassen, daß die Vertreter der deutschen Arbeiter an der Arbeiterschutzkonferenz in Washington mit gleichen Rechten teilnehmen können.
- Eine vom Deutschen Eisenbahnerverband in Frankfurt a. M. veranstaltete Versammlung von Eisenbahnern nahm in einer Entschließung die bekannten Beschlüsse über den Rücktritt des Präsidenten Stapff und anderer hoher Beamten zurück.
- General Duvont, Chef der französischen Militärkommission in Berlin, wird Vorsitzender der Kommission zur Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze.
- Der Oberste alliierte Rat in Paris bereitet die Einberufung des Rates des Völkerbundes sofort nach Ratifizierung des Friedensvertrages nach Paris vor.
- Im Baltikum kam es zwischen den deutschen Truppen Generals v. Goerhardt und den Litauern zu einem Gefecht. Verluste fehlen.
- Das ganze Litauen ist wegen der Gefahr eines Krieges mit Polen der Belagerungszustand verhängt worden.
- Die italienischen Truppen haben Cattaro, das die Flottenbasis der Südslawen werden soll, geräumt.

Vom Untersuchungsausschuß.

(Zweiter Tag.)

Im Eckfaal des Reichstags.

Drei Treppen hoch ein Eckfaal, der wenig mehr als etwa 100 Personen notdürftig Unterkunft bietet. Zwei riesige Fenster an den beiden Straßenseiten erhellen den Raum, an dessen einer Wand ein melancholisch stimmendes Bild hängt: Moltke vor einer Budgetkommission eines Deutschen Reichstags eine Militärvorlage begründend. Die ausgleichende Gerechtigkeit der Abgeordneten hat als Gegengewicht eine halblebensgroße Bronzestatue Eugen Richters in eine Ecke plaziert; sie ist mehr gut gemeint als schön.

Dieser Raum mit seiner quadratischen Grundfläche ist überfüllt. Kopf an Kopf Abgeordnete, Würdenträger des alten und neuen Systems, Presseleute, ein wenig — sehr wenig Publikum. Der lange Tisch vor dem einen Fenster, hinter dem die untersuchungführenden Abgeordneten sitzen, die Reihe der geladenen Sachverständigen und der einstmaligen hohen Beamten von früher, der der Stenographen, des Zeugen Graf Bernstorff, die der Presse stoßen aneinander; Stuhl rührt an Stuhl. Kein sehr bequemer, auch kein sehr würdiger Zustand. Hätte man noch vierzehn Tage, eine Woche gewartet, dann hätte man den Sitzungssaal des Herrenhauses zur Verfügung gehabt. Für ein Teil der Abgeordneten konnte es durchaus nicht erwarten, daß der Blick der Öffentlichkeit, Deutschlands, der Welt auf ihnen ruhen sollte. Sie haben im Schoße des Ausschusses obgesiegt . . .

Am langen Quertische in der Mitte, blond, eher unter- als groß, blühender Gesichtsfarbe der Verhandlungsleiter, der deutsch-nationale Abg. Warmuth, in seinem bürgerlichen Beruf Landgerichtsdirektor und von ihm eine überlegene Ruhe in die Verhandlungsleitung mitbringend, die es schwer anginge. Denn einem Teil der untersuchenden Abgeordneten haftete nur zu sehr die Gewohnheit des Rechtsanwaltes mit großer Strafprozeßpraxis an, Dr. Cohn von den Unabhängigen, Dr. Sinzheimer von den Mehrheitssozialisten, sie fassen zu, stäubern dem Zeugen Grafen Bernstorff Fragen hin, die dieser beim besten Willen nicht aus eigener Kenntnis beantworten kann, Fragen über Berliner Interna, über die Stellung der Obersten Heeresleitung zu unseren Friedensaktionen. Es ist schwer zu entscheiden, ob jene der Eifer des Gerechts, ob sie vorgefaßte Meinung hinreißt.

Der Zeuge Graf Bernstorff, sehr bürgerlich und gar nicht so aussehend, wie Grafen in Lustspielen und Romanen dargestellt zu sein pflegen, hat demgegenüber einen schweren Stand; daß er ein wenig schwerhörig ist, erleichtert ihm den auch nicht. Von einer andern Seite aus machen ihm die Fragen der sachverständigen Historiker zu schaffen, die des Professors Bonn, des alten Geheimrats Dietrich Schäfer. Sie schürfen tiefer; gelegentlich hat man den Eindruck: tiefer, als der Diplomat je mit seinen Gedankengängen gedrungen ist.

Zur Seite an dem Tisch der Eingeladenen der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg. Er ist sehr stark gealtert, seit man ihn zuletzt öffentlich sah; die Stirn von unzähligen Runzeln zerfurcht. Neben ihm rechts das frische, schmissedurchzogene Korpsiergesicht des früheren Staatssekretärs des Auswärtigen Zimmermann, links das scharfgeschnittene Gesicht Dr. Helfferichs. Die drei sind vielleicht die aufmerksamsten Zuhörer im Saal; sie lauschen gespannt, sie machen sich Notizen; auch sie werden ja unter ihrem Eid vernommen werden . . .

Im Hintergrunde überall die Männer, die heute voran sind, Minister David, Reichswehrminister Noske, Präsident Fehrenbach. Viele, viele. Ein ständiges Kommen und Gehen. Alle aber voll höchster Aufmerksamkeit, alle sich beherrschend, wenn irgend eine unerwartete Bekundung Bernstorffs ein neues Licht auf diese alten Dinge wirft, dann geht ein unterdrücktes Zittern der Spannung durch die Anwesenden. Denn wenn hier eine Untersuchung geführt wird darüber, ob Friedensmöglichkeiten versäumt wurden, so wird damit ja zugleich über die Politik aller Parteien, aller Staatsmänner Deutschlands, wenn nicht zu Gericht gesessen, so doch Urteilsmaterial beigebracht. H . . h.

Verhandlungsbericht.

Zu der heutigen Sitzung war am Zeugentisch neben dem früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und dem früheren Vizekanzler Helfferich auch der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Zimmermann erschienen. Wie der Vorsitzende mitteilte, wird die nächste Sitzung voraussichtlich im Herrenhaussaal abgehalten werden. Die

Befragung des Grafen Bernstorff

bringt zunächst auf eine Anregung die Bekundung des Grafen, daß vom Tage der Versenkung der „Lusitania" an bis zur Versenkung der „Sussex" in Amerika niemals ein Augenblick gewesen sei, in dem keine deutsch-amerikanische Streitfrage bestand. Jedesmal, wenn wir glaubten, irgend etwas erreicht zu haben, geschah wieder eine Versenkung oder etwas anderes, was alle Verhandlungen illusorisch machte. Während dieser Zeit hatte sich

der gesamte amerikanische Handel auf die Entente eingestellt.

Hätte Wilson diesen Handel gestört, so würde er die öffentliche Meinung in Amerika gegen sich gehabt haben. Darum lehnte es Wilson auch immer ab, die bewaffneten Handelsschiffe aus den amerikanischen Häfen fernzuhalten. Auf Fragen der Sachverständigen Professor Schäfer und Professor Dr. Hoetsch bestätigte Graf Bernstorff, daß zunächst gerade Belgiens wegen die öffentliche Meinung in Amerika gegen Deutschland aufgebracht gewesen wäre. Bei der Friedensvermittlung hätte man unter allen Umständen die volle Wiederherstellung Belgiens verlangt. Der Vorsitzende Warmuth fragt, ob Wilson positiv eine Wiederherstellung Belgiens verlangt hätte. Graf Bernstorff erwidert, eine

Erklärung, daß Deutschland Belgien nicht annektieren wolle,

hätte genügt, um Wilson zum Beginn der Friedensverhandlungen zu veranlassen. Abg. Dr. Schücking fragte, durch welche anderen Umstände außer dem U-Boot-Krieg und der Deportation der Belgier die amerikanische Stimmung gegen uns beeinflußt worden sei. Graf Bernstorff erwiderte, daß es sich da um die sogenannten deutschen Verschwörungen gehandelt habe. Auf die Frage des Abg. Dr. Cohn, welcher Art diese Verschwörungen gewesen wären, erwiderte Graf Bernstorff, daß nach seiner Auffassung Verschwörungen nicht bestanden hätten. Aber einzelne vorgekommene Handlungen waren tatsächlich mit den Gesetzen der Vereinigten Staaten nicht in Einklang zu bringen. Abg. Dr. Schücking fragte, ob diese Vorfälle gemeine Verbrechen mit politischen Motiven dargestellt hätten. Graf Bernstorff erwiderte, daß die Verurteilung erst erfolgte, nachdem er die Vereinigten Staaten verlassen hätte. Es handle sich um die beiden deutschen Konsuln und den Herrn Rinteln. Inwieweit diese Herren überführt worden seien oder nicht, wisse er nicht, nur sollten einige Sabotage getrieben haben. Graf Bernstorff bestätigte, daß der deutsche Marine- und Militär-Attaché auf Grund solcher Angaben abberufen werden mußte. Weiterhin war die Rede von der

Tätigkeit deutscher Agenten,

und Graf Bernstorff nannte als einen solchen den Kapitänleutnant Rinteln, der sich auch an ihn herangemacht habe. Auf mehrmalige Anfrage in Berlin erhielt Graf Bernstorff schließlich ein Telegramm des Staatssekretärs v. Jagow, wonach er die Agentenschaft Rintelns kategorisch dementieren sollte. Auf Anfrage des Abg. Gothein erklärte Graf Bernstorff, daß er auch heute noch nicht die Aufträge Rintelns kenne. Er könne unter seinem Eide sagen, daß er nicht wisse, ob jemals Fälle von Sabotage vorgekommen seien, wie es in Amerika allerdings behauptet worden wäre, wie zum Beispiel Bombenlegen auf Handelsschiffen aller Nationen und Indelluftsprengen von Munitionsfabriken. Auf die Frage des Vorsitzenden Warmuth erklärte Graf Bernstorff positiv, daß das Auswärtige Amt sicher nicht hinter solcher Sabotage gestanden hätte. Auf Anfrage Dr. Sinzheimers teilte Graf Bernstorff mit, nach anfänglicher Weigerung habe ihm die amerikanische Regierung gesagt, es hätte sich nachweisen lassen, daß Rinteln

eine halbe Million Dollar von dem deutschen Marine Attaché Boy-Ed

erhalten habe. Auf die offiziellen Beziehungen der amerikanischen Regierung zu Deutschland und insbesondere auf die persönlichen Beziehungen amerikanischer Regierungskreise zu dem Grafen Bernstorff haben diese angeblichen „Verschwörungen" zunächst gar keinen Einfluß geübt. Auf Anfrage von Professor Bonn erklärte Graf Bernstorff, daß, als Staatssekretär Lansing von ihm die Abberufung des deutschen Militär- und Marine-Attachés verlangte, er sofort ihn fragte, ob auch er durch die Tätigkeit dieser beiden Herren kompromittiert sei. Wenn die amerikanische Regierung dies glaube, würde er sofort seine Abberufung beantragen. Damals hat aber Staatssekretär Lansing kategorisch geantwortet: „Sie sind in keiner Weise an dieser Angelegenheit beteiligt." Er würde es außerordentlich bedauern, wenn Graf Bernstorff Washington verliefe, da er mit allen wichtigen Verhältnissen vertraut wäre. Diese Äußerung Lansings habe Oberst House zwei Tage später in noch schärferer Form ihm gegenüber wiederholt.

Auf Befragung durch den Abg. Gothein bezeichnet Graf Bernstorff die Stellung der Militärattachés als ziemlich selbständig. Wilsons Klagen an den Kongreß über verbrecherische Umtriebe hätten sich nur auf Deutsch-Amerikaner, nicht auf Reichsdeutsche bezogen. — Abg. Dr. Sinzheimer: Sie sagten gestern, daß in amerikanischen Regierungskreisen das Friedensangebot vom 12. Dezember als

Zeichen der Schwäche

gedeutet worden ist. Haben Sie damals auch die Tatsache mitgeteilt, daß dieses Angebot in völliger **Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung** verfaßt worden ist? — Graf Bernstorff: Mir ist das Friedensangebot telegraphisch übermittelt worden. Irgendwelche Aufträge waren an die Mitteilung nicht geknüpft. — Abg. Dr. Sinzheimer: Ich stelle auf Grund der Akten fest, daß jenes Friedensangebot in voller Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung zustandegekommen ist, daß diese an dem Entwurf sogar Verbesserungen vorgenommen hat und daß das Angebot auch in völliger **Übereinstimmung mit dem Kaiser** in die Welt gegangen ist.

Das amerikanische Friedensangebot.

Der Vorsitzende geht zu der Periode über, die mit dem amerikanischen Friedensangebot beginnt. Graf Bernstorff bemerkt, Wilson habe trotz des deutschen Friedensangebotes an der Idee der Friedensvermittlung festgehalten. Die öffentliche Meinung in Amerika hat den Schritt Wilsons absolut als pro-deutsch angesehen. Jetzt muß ich allerdings annehmen, daß unsere Antwort vom 26. Dezember die Absicht verfolgte, die Wilsonsche Friedensvermittlung völlig abzuschneiden. Zu dieser Auffassung bin ich vor allem durch ein Telegramm des Kaisers an das Auswärtige Amt gekommen, worin gefragt wurde, warum ich noch von Friedensvermittlungen Wilsons spräche, während eine solche Vermittlung doch gar nicht mehr bestände. Wilsons Note war absichtlich unsicher und tastend gehalten, um eine Ablehnung unmöglich zu machen. Ich kann nur wiederholen, daß nach meiner damaligen Ansicht unsere Note vom 26. Dezember nichts an dem Verhalten unserer Regierung änderte. Heute bin ich aber anderer Auffassung. Abg. Sinzheimer stellt fest, das Kernstück der Note Wilsons vom 18. Dezember die Bitte an alle Kriegführenden ist, konkrete Friedensbedingungen mitzuteilen. In der deutschen Antwortnote wird aber diese Bitte Wilsons überhaupt nicht erwähnt, und daraufhin telegraphierte Graf

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF